Leitantrag

Für ein soziales, friedliches und ökologisches Niedersachsen – DIE LINKE stärken!

Antragsteller: Landesvorstand

Die LINKE steht als sozialistische Partei für Alternativen, für eine bessere Zukunft. Wir finden uns nicht ab mit einer Welt, in der Profitinteressen über die Lebensperspektive der Menschen entscheiden, in der Ausbeutung, Kriege und Imperialismus ganze Länder von Hoffnung und Zukunft abschneiden. Seit der Gründung der Partei DIE LINKE steht der Protest gegen eine Politik des Sozial- und Demokratieabbaus im Mittelpunkt unserer politischen Tätigkeit. Auch in Niedersachsen streiten wir für einen sozial-ökologischen Politikwechsel. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen, die hier leben, das gleiche Recht auf Teilhabe am sozialen Fortschritt, wie Wissenschaft, Kultur, Mobilität, Gesundheit, Bildung, Demokratie, Frieden und einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur haben. Unsere Politik setzt sich für diese Ziele im Hier und Jetzt ein, für wirkliche Verbesserungen für alle Menschen. Es findet eine dramatische politische Verrohung im rechten Bürgertum statt: Rassismus, Antisemitismus und Menschenverachtung sollen gesellschaftsfähig gemacht werden, um Sündenböcke für die tiefgreifende Krise des Kapitalismus zu präsentieren und davon abzulenken, dass die Banken und Konzerne die Politik bestimmen, welche die Reichen reicher und die Armen ärmer macht. Wir überlassen das Land nicht den Rechten und Neoliberalen. Die Groko(Nds.) ist nicht die Alternative zum Rechtsruck der Konservativen und zur Radikalisierung der extrem Rechten, sie sind Teil der politischen Krise. Es sind erstarkende soziale Bewegungen und der organisierte Widerstand in den Betrieben, der Friedens- und Frauenbewegung, die antifaschistische Bewegung sowie der Flüchtlingssolidarität. DIE LINKE Niedersachsen trägt zum Erfolg im Kampf gegen Rechts bei, indem wir als Teil sozialer Bewegungen der extremen Rechten die Grundlage entziehen, von denen sie zehrt: die unsoziale Politik von Wettbewerbsfähigkeit, Schuldenbremse, Privatisierung und die Aushöhlung der Demokratie.

Unter jeder bisherigen Regierungskonstellation der anderen Parteien wuchs die Schere zwischen Arm und Reich. Wir müssen deutlich machen, dass wir uns als einzige Partei trauen, uns mit den Großkonzernen und Großverdiener*innen anzulegen. Die von uns nicht nur im Wahlkampf formulierte Kritik bleibt deshalb aktuell – auch wenn wir mit 177.118 Zweitstimmen und 4,6 % den Einzug in den Landtag denkbar knapp verpasst haben. Dies mag an verschiedenen Gründen gelegen haben. Anscheinend aber trauen uns aber noch nicht genügend Menschen zu, dass wir an ihrer Seite die konkreten Lebensverhältnisse verändern. Wir nehmen das als Ansporn, unsere Arbeit als außerparlamentarische Oppositionskraft zu verbessern, unser linkes landespolitisches Profil zu schärfen und eine größere Außenwirkung zu entfalten. Wir wollen und müssen stärker werden! Dem neoliberalen Parteikartell des „Weiter so!“ müssen wir uns entschlossen entgegenstellen. Wir müssen unsere Kräfte bündeln und gezielt in die politischen Debatten investieren, um den täglichen Skandal des Status Quo öffentlich zu machen und zu politisieren. Denn wir sind die Kraft, die konsequent für ein soziales, friedliches und ökologisches Niedersachsen kämpft. Wir werden jede Gelegenheit nutzen und darauf aufmerksam machen, dass in Niedersachsen nach
offiziellen Zahlen des Landesamts für Statistik 16 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet sind - wir kämpfen für jeden einzelnen dieser 1.245.000 Menschen und dabei spielt es für uns selbstverständlich keine Rolle, welchen Pass oder welche Hautfarbe die Menschen haben. Gleichzeitig stiegen die Immobilienpreise in Niedersachsen um 54%, die Mieten klettern in die Höhe, der Bestand der Sozialwohnungen schrumpft, die Löhne aber stagnieren. Statt die Untätigkeit der SPD- Grünen Regierung zu korrigieren, kümmern sich SPD und CDU ebenfalls nicht darum, den öffentlichen Wohnungsbau systematisch auszubauen. Wir wenden uns gegen jede Militarisierung, sei es durch Rüstungsforschung, Bundeswehr an Schulen, logistische Unterstützung von Waffenexporten oder der Bereitstellung von Truppenstandorten. Wir widersprechen deutlich, wenn die Koalition aus SPD und CDU die vermurkste Umweltpolitik von SPD und Grünen fortsetzt, und dafür sorgt, dass die niedersächsischen Atomlager weiterhin in Betrieb bleiben, Fracking eine neue Renaissance erlebt und im Dieselskandal die Autoindustrie geschont wird. Wir finden es skandalös, wenn die Daseinsvorsorge jenseits der Ballungszentren auf Sparflamme betrieben wird – eine gute Gesundheitsversorgung, funktionierender öffentlicher, möglichst entgeltfreier Nahverkehr und schnelles Internet sind für uns unverhandelbar. Hier haben SPD und Grüne versagt. Hier versagen CDU und SPD. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass die kriminellen Machenschaften der VW-Manager auf eine milde Beurteilung durch die Landesvertreter im Aufsichtsrat hoffen dürfen, während die Leiharbeit im Betrieb hingenommen und die Kommunen bei ihren Bemühungen um saubere Luft im Stich gelassen werden. Gesellschaftliche Verantwortung sieht anders aus. Erst recht finden wir uns nicht damit ab, wenn in Niedersachsen Menschen aus unserer Mitte abgeschoben werden, weil die Gründe ihrer Flucht als illegitim angesehen werden. Und wir finden uns nicht damit ab, dass es in Niedersachsen seit Jahren viel zu wenige Krippenplätze gibt und wir anderen Bundesländern hier immer noch deutlich

hinterherhinken. Wir begrüßen die kürzlich eingeführte beitragsfreie Kita, finden uns jedoch nicht damit ab, dass diese Kosten zum Teil den ohnehin chronisch unterfinanzierten Kommunen aufgebürdet werden. Auch mit den Privatisierungen im Pflege- und Gesundheitsbereich und deren schweren Folgen für die Beschäftigten und den Patient`*innen finden wir uns nicht ab. Den Krankenhäusern fehlen nach wie vor ausreichende Investitionsmittel, für die das Land zuständig ist.

Die Politik der Großen Koalition bedient die Interessen der Wenigen und nicht der Vielen

Der Lehrer*innen Mangel in Niedersachsen wird weiter nur verwaltet, statt ihn durch Qualifizierungsprogramme offensiv zu bekämpfen. Die versprochene Arbeitszeitverkürzung für Lehrkräfte steht nach wie vor aus. Das dreigliedrige Schulsystem bleibt im Interesse des „Schulfriedens“ erhalten, der in Wirklichkeit ein Frieden mit der CDU und dem reaktionären Philologenverband ist, die die Chancenungleichheit im bestehenden Schulsystem zementieren wollen. Gesundheitsversorgung und Pflege bleiben weiter in privater Hand, damit Konzerne auf dem Rücken des Personals und letztlich der Patient*innen horrende Profite einfahren können. Glyphosat oder Überdüngung der Böden – kein Thema für die Landesregierung. Dem Verkehrschaos auf den Straßen wird mit dem Ausbau des Autobahnnetzes begegnet, statt den Lastverkehr auf die Schiene zu verbannen und den ÖPNV auszubauen.

Im Landtag fehlt weiterhin eine echte soziale Opposition, eine Stimme für die Mehrheit der Menschen bei uns im Lande. Tatsächlich ist die Liste der Missstände zu lang, um sie hier erschöpfend aufzuführen. Anstatt die Probleme klein zu reden, braucht es endlich eine andere Politik für die Menschen in unserem Land. Wir wollen mehr für die Mehrheit. Und für uns ist klar: Gegen die Politik der großen Koalition unter Stephan Weil braucht es eine radikale Opposition im Land, die sich mit der Kraft von vielen Initiativen, Protesten, Demos und Arbeitskämpfen mit der etablierten Politik des neoliberalen „Weiter so“ anlegt. Ob bei den Protesten gegen das neue Niedersächsische Polizei- und Ordnungsgesetz (NPOG), der Kampagne „Rheinmetall entwaffnen – Krieg beginnt hier“, den Auseinandersetzungen um Arbeitszeitverkürzung der IG-Metall oder dem Kampf von ver.di gegen eine Ausweitung der verkaufsoffenen Sonntage, der #unteilbar-Demo in Berlin, den Protesten der Enercon-Mitarbeite*innen den Protesten gegen das NATO-2%-Ziel, der Blockade von Naziaufmärschen wie etwa in Salzgitter, dem #wirsindmehr-Konzert in Chemnitz oder dem kriminalisierten Newroz-Fest der Kurdinnen und Kurden: DIE LINKE Niedersachsen mischt mit und steht verlässlich an der Seite derer, die für eine andere und bessere Welt kämpfen. Als demokratisch sozialistische Partei kritisieren wir die bestehenden Eigentumsverhältnisse und kämpfen gegen jede Privatisierung, für eine demokratische Verfügung über die Produktionsmittel und eine gesicherte Daseinsvorsorge.

Um diese gesellschaftlichen Aufgaben anzugehen, sind das Recht auf freie Versammlung, auf freie Meinungsäußerung und freie Vereinigung in politischen Verbänden, Gewerkschaften oder Parteien

notwendige Mittel. Diese Rechte zu verteidigen ist in heutigen Zeiten notwendig geworden. Grundrechte stehen unter massiven Angriffen durch die herrschenden Parteien, die von den Rechten aufgestachelt werden. Das geplante niedersächsische Polizeigesetz ist ein konkreter fundamentaler Angriff auf unsere Grundrechte, die Unschuldsvermutung und das Anrecht auf unabhängige Verteidigung bei Anklage. Für uns ist klar: das NPOG wird eingeführt, um sozialen Protest und Widerstand zu kriminalisieren und einzudämmen. Wir wehren diesen autoritären Angriff auf unsere Grundrechte ab. Mit entschlossenen Protest drehen wir zunehmend den gesellschaftlichen Diskurs in unserem Sinne. Wir wollen die Probleme, wie rechtsradikale Netzwerke in den Sicherheitsbehörden, Polizeigewalt oder institutionellen Rassismus benennen und Konzepte entwerfen, die unsere Grundrechte, unsere Sicherheit und unsere Demokratie stärken.

Parteiaufbau: eine starke LINKE wächst von unten

DIE LINKE Niedersachsen wächst. In den engagierten Wählkämpfen zu den Bundestags- und Landtagswahlen konnten wir im Landesverband rund 500 neue Mitglieder gewinnen, darunter ein Großteil unter 30 Jahren. Diese Mitglieder sind aufgerufen sich hör-, sicht- und gerne auch streitbar in die Partei einzubringen und unsere Strukturen aufzumischen. Denn der Landesverband braucht die Kritik, die Energie und die Hoffnung von jedem einzelnen Mitglied. Unverzichtbar ist dabei die Erwartung an alle, für ein solidarisches Miteinander – auch und gerade, wenn inhaltlich scharf um bestimmte Positionen gerungen wird. Denn die Kunst sozialistischer Politik ist es, Prekarisierten, den Lohnarbeitenden, den älteren Menschen, den Ausgegrenzten (und dafür notwendigerweise unter uns!), ein Bewusstsein der gemeinsamen Klassenlage und damit gemeinsamer Klasseninteressen zu schaffen, sodass es gelingt, die Ideologie der Herrschenden und die Macht des Kapitals in Frage zu stellen. Es ist keine Kunst permanent nach dem vermeintlich Trennenden zu suchen. DIE LINKE als etablierte sozialistische Partei ist eine Errungenschaft, deren Einheit keinesfalls und von niemandem aufs Spiel gesetzt werden sollte. Unsere Vielfalt und Solidarität sind dabei eine Stärke. Es liegt an uns, der Hoffnung von vielen Menschen gerecht zu werden. Um den Herausforderungen gerecht zu werden, müssen wir unsere Parteistrukturen stärken und weiterentwickeln.

Nur, wenn wir unsere Vielfalt als Stärke begreifen, unser politisches Engagement gegenseitig wertschätzen, gemeinsam aus unseren Fehlern und Erfolgen lernen und das Erreichte nicht klein reden, dann werden wir auch unsere Schlagkraft als Landesverband erhöhen können.

Mitgliederarbeit

Ein künftiger Landesvorstand muss in der Breite und nicht nur durch den geschäftsführenden Vorstand mehr Führungsverantwortung für die Partei übernehmen - das heißt unter anderem auch

Orientierung in den politischen Alltagsfragen kollektiv zu entwickeln. Er muss auch deutlich jünger werden. Dazu müssen verständliche Leitlinien, beispielsweise zum Umgang mit einzelnen Entscheidungen der Landesregierung oder den Umgang mit neuen Bewegungen und neuen sozialen Phänomenen oder auch mit der AFD entwickelt werden. Diese Orientierung soll Mitglieder stärken, vor Ort Auseinandersetzungen zu führen.

Es muss uns gelingen, die vielen neuen Mitglieder zu integrieren, die Lust auf Aktionen und linke Politik haben. Ebenso wichtig ist die Erfahrung unserer langjährigen Mitglieder. Viele von ihnen haben sich aus der Parteiarbeit zurückgezogen, sie gilt es zu reaktivieren. Sie alle gilt es wertzuschätzen und gemeinsam in die Parteiarbeit einzubinden. Insbesondere soll die bereits begonnene Weiterentwicklung der Mitgliederkommunikation fortgeführt werden. Es gilt immer, der unterschiedlichen Lebenssituation von Menschen Rechnung zu tragen. Die zeitlichen Ressourcen und Kraftreserven jeder Person sind anders und das muss respektiert werden. Doch mehr als jede andere Partei sind wir auf unsere Mitglieder angewiesen, denn wir sind nicht käuflich, uns trägt unsere Basis und keine Unternehmensspenden.

Regionalisierung, Stärkung kommunalpolitischer Akteure*innen und Bündnisarbeit

Während die Mitgliederzahl in den Städten wächst, sind die Voraussetzungen für politische Arbeit im ländlichen Raum mitunter deutlich schwieriger. Wir müssen unsere Strukturen stärken, gerade in den Flächenkreisen. Die Landespartei hat sich auf den Weg gemacht, ihre politische Arbeit entlang von 7 Regionen zu bündeln. Mit dieser Regionalisierung soll die inhaltliche und organisatorische Verankerung der Partei gestärkt werden. Besondere Bedeutung kommt dabei unseren Vertreter*innen in kommunalen Parlamenten zu. Sie vertreten die Partei mit ihren Namen und Gesichtern, sie sind es, die von den Menschen gesehen und angesprochen werden. Kommunalpolitische Mandate sind mit großem zeitlichem Aufwand verbunden, Unterstützung durch Informationen aus der Landespolitik oder Ideen für Anträge sind daher essenziell, um die eigenen Ressourcen besser einsetzen zu können. Hier müssen gemeinsam Instrumente entwickelt werden, die unsere Kommunalpolitiker*innen entlasten. Doch nicht nur in den Parlamenten, auch und vor allem außerhalb dieser Strukturen hat sich die LINKE zur verlässlichen Partnerin zahlreicher Initiativen entwickelt. Das Engagement unserer Mitglieder ist eines unserer wichtigsten Alleinstellungsmerkmale und muss unbedingt gefördert und wertgeschätzt werden. Mit jeder Teilnahme an einer Demonstration, dem Sammeln von Unterschriften, dem Organisieren von Veranstaltungen zeigen wir – wir stehen an eurer Seite.

Neben der Unterstützung lokaler Bündnisarbeit, die unsere Kommunalpolitiker*innen vor Ort leisten, ist die Arbeit im landesweiten Bündnis gegen das niedersächsische Polizeigesetz eines unserer regionsübergreifenden Schwerpunktthemen im Bereich Bündnisarbeit und bewegungsorientierter Vernetzung. Selten hat ein Landesthema eine breite zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit so mobilisiert

wie die Pläne der Landesregierung zum Polizeigesetz. In diese gesellschaftliche Stimmung greifen wir beherzt ein und gestalten das bereite Bündnis von 130 Organisationen und Gruppen als niedersächsische LINKE aktiv mit.

Politische Schwerpunkte der niedersächsischen Linken:

Der Landesparteitag orientiert die niedersächsischen LINKE auf das laufende Jahr auf folgende politische Schwerpunkte und beauftragt den Landesvorstand, landespolitisch ausgerichtete Infomaterialien (Flyer, Sticker, ggf. Plakate) zu diesen Schwerpunkten zu erarbeiten und den Kreisverbänden zur Verfügung zu stellen.

Die niedersächsische Linke ist Teil des Pflegeaufstandes

In den Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern spielt sich eine humanitäre Katastrophe ab – immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patient*innen in immer kürzerer Zeit versorgen. Personalmangel, Überarbeitung und schlechte Infrastruktur gefährden die Gesundheit der Pflegekräfte, Patient*innen und Pflegebedürftigen. Gute Pflege muss ein verbindliches Recht werden. Größere Wertschätzung des Pflegeberufes, bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Bezahlung sind dringend notwendig. Wir wollen ein Verständnis von Qualität, das sich nicht an betriebswirtschaftlichen Kriterien orientiert. Pflege muss entlastet werden - pflegefremde Tätigkeiten dürfen nicht weiter von Pflegefachkräften übernommen werden. Privatisierungen wollen wir verhindern bzw. rückgängig machen. Wer Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wie Fabriken führt und in den Pflegebedarf anderer Menschen ein Geschäftsmodell sieht, muss mit Widerstand rechnen. Im Rahmen der Kampagne: „Stärkung des ländlichen Raums am Beispiel der Pflege“ wurde u.a. auf Initiative von Pia Zimmermann durch mehrere Orte Niedersachsens getourt, um auf die Missstände im gesamten Pflegebereich aufmerksam zu machen. Viele Kreisverbände haben sich daran aktiv beteiligt. Die Kampagne ist nicht beendet. In diesem Jahr sind 3 weitere Touren geplant. Die Termine stehen bereits fest. Die Orte noch nicht ganz.

Wir sind als Partei DIE LINKE entschlossen gegen die Pflegekammer und werden uns aktiv einmischen und die Bewegung gegen die Pflegekammer und die Forderung nach Auflösung

unterstützen. Und auch darüber hinaus wollen wir als niedersächsische LINKE ein starker Partner an der Seite der Pflegekräfte sein, im Kampf um mehr Mitbestimmung in der Gesundheits- und Pflegebranche

Die Niedersächsische LINKE fordert Neustart im sozialen Wohnungsbau.

Auch in Niedersachsen können sich viele Menschen das sprichwörtliche Dach über dem Kopf kaum noch leisten. Vielerorts explodieren die Mieten. Rund ein Fünftel aller Haushalte in Niedersachsen muss bereits

mehr als 40% des Nettoeinkommens für die Miete bezahlen und 44 % der Haushalte geben noch 30% für die Miete aus. Die LINKE hat im September eine bundesweite Kampagne „Bezahlbare Miete statt fetter Rendite“ gestartet und fordert: Runter mit den Mieten! Mietwucher verbieten! Keine Spekulationen mit Wohnraum, die Immobilienkonzerne gehören in die öffentliche Hand! Daher muss dem Beispiel des Berliner Volksbegehrens „Deutsche Wohnen Enteignen“ gefolgt werden, in dem ähnliche Maßnahmen auf ihre Durchführbarkeit in Niedersachen geprüft und wenn möglich angestoßen werden. Zudem müssen Wohnungen wieder von der öffentlichen Hand gebaut werden. Für die niedersächsische LINKE ist diese Kampagne ein Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit im laufenden Jahr. Unser Ziel ist, aktive Kreisverbände und Basis-Initiativen zu vernetzen und in der Organisation betroffene Mieter*innen stärken. Wir wollen uns noch stärker als Partner der Mieter*innen verankern.

Mindestlohn-Betrug entschieden bekämpfen!

Laut DGB wird 212.000 Beschäftigten in Niedersachsen rechtswidrig der Mindestlohn vorenthalten. Demnach ist jede*r elfte Arbeitnehmer*in betroffen - diese hohe Zahl ist ein bundesweiter Negativekord. Es ist ein politischer Skandal, dass der mickrige Mindestlohn von 9,19 Euro pro Stunde von betrügerischen Unternehmen systematisch unterlaufen wird. Bundestagsanfragen der LINKEN haben ergeben, dass der Zoll nur einen winzigen Prozentsatz aufdeckt.
Wir stehen an der Seite der Beschäftigten und setzen uns dafür ein, dass Mindestlohn-Betrug entschieden bekämpft wird. Der Zoll braucht mehr Personal, zudem muss die Zusammenarbeit mit Gewerbeaufsicht und kommunalen Behörden verbessert werden. DIE LINKE Niedersachsen fordert, dass die Landesregierung nach englischem Vorbild eine öffentliche Telefon-Hotline gegen Mindestlohnbetrug einrichtet. Wir werden dieses Thema regelmäßig und landesweit in die Öffentlichkeit bringen.

Um unsere Kampagnenfähigkeit zu verbessern, müssen Themen und Aktionen zwischen Partei-, Landesvorstand und den Kreisverbänden noch besser abgestimmt werden.

Notwendig ist auch eine enge Verzahnung von Aktivitäten der Partei mit der Tätigkeit der 5 Bundestagsabgeordneten und den Ressourcen ihrer Büros. Auch die Zusammenarbeit mit den Kommunalpolitiker*innen muss ausgebaut werden.

Kriege und Konflikte spitzen sich weltweit zu, die Gefahr einer atomaren Eskalation wächst. Insbesondere die NATO-Staaten verschärfen die Lage durch kollektive Aufrüstung, erhöhter Rüstungsforschung, vermehrter Waffenexporte und Truppenverlegungen an die russische Grenze. Niedersachsen ist nach wie vor Umschlagplatz für Rüstungsgüter, Durchgangsland für Kriegslogistik, Truppenübungsstandort und Teil der Rüstungsindustrie, damit für Erforschung und Produktion von Kriegsgerät.
Dagegen steht eine ungebrochen hohe Ablehnung der Bevölkerung gegen Auslandseinsätze, Waffenexporte und Aufrüstung. Statt die Gelder und Ressourcen in Hochrüstung zu versenken, müssen diese für zivile Produktion und sozialen Fortschritt verwendet werden. Jeder Euro weniger in die Rüstungsindustrie, ist ein mehr für das Allgemeinwohl.
Gemeinsam wollen wir als Friedenspartei, Teil der kämpferischen Friedensbewegung sein, die Krieg den Krieg ansagt. Wir mobilisieren zu Ostermärschen sowie zum Antikriegstag, klären auf und bringen den Protest auf die Straße, wo es nötig ist.

Für die sozial-ökologische Wende in Niedersachsen!

DIE LINKE sieht den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und Europa als eines ihrer entscheidenden Ziele und als wesentliche Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen an. Das Agrarland Niedersachsen nimmt dabei eine besondere Rolle ein. In Niedersachsen hängt jeder zehnte Arbeitsplatz von der Landwirtschaft ab. Im Zentrum der landwirtschaftlichen Produktion steht hier insbesondere die industrielle Massentierhaltung, die zu skandalösen Verhältnissen führt. Schlechte Arbeitsbedingungen, Tierquälerei, überdüngte Böden und belastetes Grundwasser. Das wollen wir ändern. Wir wollen weg von der industriellen Massentierhaltung, hin zu einer bäuerlichen Landwirtschaft, die ökologisch nachhaltig, respektvoll mit Menschen, Tieren und unseren natürlichen Ressourcen umgeht. Als Linke setzten wir uns dafür ein, dass sich alle Menschen eine Lebensweise leisten können, die dem Ziel einer sozial-ökologischen Wende entspricht. Eine Förderung der Landwirtschaft muss an ökologischen und sozialen Kriterien ausgerichtet sein und dafür brauchen wir faire Erzeugerpreise, damit vor allem die kleineren bäuerlichen Betriebe nicht länger vom Dumpingpreisdiktat der Schlachthöfe und Großhandelsketten erdrückt werden. Zur sozial-ökologischen Wende gehört daher auch, dass wir uns auf ganzer Linie für höhere Löhne, höhere Renten und höhere Sozialleistungen einsetzen. Eine gesunde Ernährung und ein nachhaltiger Verbraucher*innenschutz sind zentral für eine hohe Lebensqualität. Eine vollwertige, gesunde Ernährung müssen sich alle für sich und ihre Kinder leisten können, für ein gutes Leben.

Pressearbeit, soziale Medien und Publikationen

Immer wieder wird auf die Bedeutung der Medien und unserer Pressearbeit eingegangen. Es gelingt uns viel zu wenig unsere Themen in die Öffentlichkeit zu tragen. Dies muss sich unbedingt ändern, denn natürlich werden die Kämpfe vor Ort gewonnen, doch über Gutes, das man tut, muss zumindest in der Politik auch gesprochen, geschrieben und veröffentlicht werden. Es ist uns gelungen, über Facebook bessere Reichweiten zu erzielen, einen regelmäßig erscheinenden Newsletter aufzulegen und fast wöchentlich Pressemitteilungen zu tagesaktuellen Themen herauszugeben. Ziel muss es sein, dass unsere Partei und unsere Positionen auch in den Medien und damit im Alltag der Menschen wahrnehmbar werden. Hierfür müssen wir in unserer Pressearbeit noch professioneller, schneller, diverser radikaler und damit provokanter werden. Dafür müssen im Landesvorstand entsprechende Strukturen nach politischen Fachgebieten geschaffen werden und vorhandene Ressourcen, wie bspw. Landesarbeitsgemeinschaften, genutzt werden. Auch die Kommunikation und Meinungsbildung sowie der Ideen- und Positionsaustausch innerhalb der Partei müssen über soziale Medien hinaus gestärkt werden – eine Chance bietet die neue Mitgliederzeitung, die die Pluralität der Partei aufgreifen und solidarische Diskussionen ermöglichen kann.

Zusammenarbeit mit linksjugend ['solid]/ dielinke.SDS

Zur aktiven Parteientwicklung gehört auch unser Jugendverband, die linksjugend ['solid] sowie der Studierendenverband dielinke.SDS. Der Jungendverband stellt einen wichtigen Ansprechpartner für Jugendliche und junge Erwachsene dar. Gerade in Milieus und Strukturen, die für die Partei anderenfalls schwerlich zu erreichen sind, entfaltet er Bindungskräfte, mehr und mehr junge

Menschen kommen über unsere Jugendorganisation mit der Partei in Berührung. Zudem besetzt er besondere Themenfelder, wie z.B. Hochschulpolitik, Antifaschismus oder Drogenpolitik. Die Verbundenheit und Solidarität zwischen Partei und Jugendverband muss daher noch enger werden, in den letzten Monaten haben sich der Austausch und die Organisation gemeinsamer Aktionen bereits verbessert – dies muss weiter vorangebracht werden. Insbesondere der Aufbau des noch jungen Landesverbandes dielinke.SDS Niedersachsen wollen wir tatkräftig unterstützen. Dazu ist ein wechselseitiger kritisch-solidarischer Umgang miteinander notwendig, nur so können wir voneinander lernen.

Landesrat LINKE Frauen

Unsere Landespartei muss ihr feministisches Profil stärken. Dafür bedarf es einer engen Kooperation mit dem Landesrat LINKE Frauen, der sich aus allen weiblichen Mitgliedern des Landesverbandes zusammensetzt und essentieller Teil des feministischen Selbstverständnisses unserer Partei ist. Die frauen- und genderpolitische Arbeit des LLF muss nicht nur nach außen, sondern auch in die Partei hineinwirken. Daher sollen im neuen Landesvorstand quotiert zwei Antidiskriminierungsbeauftragte gewählt werden, die Ansprechpartner*in für alle Mitglieder sind, die sich Diskriminierung - egal ob aufgrund von Geschlecht, Herkunft, sozialer Lage, sexueller Orientierung, körperlicher Einschränkung, Alter oder anderen Faktoren - ausgesetzt sehen. Ähnliche Strukturen sollen langfristig auch in den Kreisverbänden entstehen. Feministische Positionen müssen bei allen Aktionen und Orten der Partei mitgedacht werden, diese Verantwortung betrifft uns als gesamte Partei.

Landesarbeitsgemeinschaften

Unsere Landesarbeitsgemeinschaften sind wichtige Instrumente für die Integration von aktiven Mitgliedern und Sympathisant*innen, für die Verankerung in der Gesellschaft und für die inhaltliche und politische Weiterentwicklung unserer Partei. Die erfolgreiche Aktivierung der Landesarbeitsgemeinschaften und die Unterstützung bei ihrer Arbeit muss fortgesetzt werden. Durch eine bessere Einbeziehung aller genannten Strukturen kann unsere Partei nur profitieren und wachsen.

Politische Bildung

Die politische Bildungsarbeit wollen wir weiter ausbauen. Wir brauchen mehr politische Bildung, um unsere Mitglieder und Funktionsträger*innen zu qualifizieren. Ein guter Weg wurde mit den Grundlagenseminaren beschritten. Künftig müssen wir die Arbeit mit den Kreisvorstandsmitgliedern intensivieren, die spezifische Aufgaben erfüllen (Geschäftsführung, Mitgliederbetreuung, Kampagnen etc.), um deren Arbeit vor Ort zu stärken und deren Anregungen und Erfahrungen aufzunehmen. Ebenso braucht es einen regelmäßigen Austausch zwischen Mitgliedern der Landesarbeitsgemeinschaften und der Partei.

Rolle des Landesvorstands

Auf dem letzten Parteitag haben wir unsere Satzung geändert und den Landesvorstand um stellvertretende Vorsitzende ergänzt, um die politische und administrative Arbeit im geschäftsführenden Landesvorstand auf mehr Schultern zu verteilen. Um unsere Strukturen noch effektiver und arbeitsfähiger zu gestalten, ist darüber hinaus eine hauptamtliche Landesgeschäftsführung beschlossen worden und nun einzurichten. Doch das allein wird nicht reichen. Nach dem schmerzhaften Verlust unserer Landtagsfraktion im Jahr 2013 und dem denkbar knapp verpassten Wiedereinzug in den niedersächsischen Landtag im Jahr 2017 ist es Aufgabe des Landesvorstands, die fehlende Fraktion zu ersetzen und deren Themenbereiche in großen Teilen abzudecken. Hierfür muss es dem Landesvorstand mehr als bisher gelingen, jedes seiner Mitglieder in die Arbeit einzubinden, fachpolitische Themenfelder zu besetzen und kompetent zu bearbeiten. Jeder Person, die bereit ist im Landesvorstand mitzuarbeiten, muss bewusst sein, dass es mehr als genug Arbeit gibt und jede und jeder seinen Teil dazu beitragen muss, dass wir die LINKE in Niedersachsen stärken. Wir müssen gemeinsam kämpfen, leider auch im Dschungel aus Bürokratie und Organisation. Es muss dabei jedoch betont werden, dass es sich hier um eine (zusätzliche) ehrenamtliche Tätigkeit handelt, die jede und jeder nur nach bestem Wissen und Gewissen ausfüllen kann. Jede und jeder mit Enthusiasmus und neuen Ideen, mit ihrer bzw. seiner Kraft und Motivation ist willkommen, muss aber kontinuierlich ihren bzw. seinen Teil dazu beitragen, „dass der Laden läuft“ und unsere Mitglieder motivieren, selbst vor Ort aktiv zu werden bzw. zu bleiben.

Um die anstehenden Herausforderungen planvoll in Angriff zu nehmen, wird sich der Landesvorstand für seine Wahlperiode auf der Grundlage der Beschlüsse der 1. Tagung des 7. Parteitages ein Arbeitsprogramm geben und dieses auf einer der nächsten Sitzungen des Landesausschusses vorstellen.

Den Blick nach vorne richten: kommende Herausforderungen meistern

Wir wollen im Jahr 2022 mit einer starken, bunten und angriffslustigen Partei in den Landtag einziehen. Dafür müssen wir in den kommen Jahren die Grundlage legen. Denn Wahlen werden nicht nur in Wahlkämpfen gewonnen oder verloren. Es kommt auf unsere tägliche politische Arbeit in den unterschiedlichen Auseinandersetzungen genauso an, wie darauf, uns als Organisation weiter zu entwickeln, uns mit verschiedenen außerparlamentarischen Akteur*innen zu vernetzen und die Zusammenarbeit zu suchen und unseren Genoss*innen (Mitgliedern) den Rücken zu stärken, sie inhaltlich weiter zu bilden und ihnen Raum zur Entfaltung zu bieten.

Die erste Hälfte des Jahres 2019 wird durch die Europawahl geprägt sein. Wir werden diese Wahl nutzen, unser systemkritisches Profil zu schärfen und deutlich zu machen, dass wir ein anderes

Europa wollen, das nicht wie bisher allein von den Interessen des Großkapitals bestimmt ist, ein Europa ohne Aufrüstung und Militarisierung, für sozialen Ausgleich und mit verbindlichen sozialen und ökologischen Mindeststandards. Statt neoliberaler Wirtschaftspolitik und Austerität mehr Rechte für die Beschäftigten und alle sozial Benachteiligten. Statt undemokratischen Strukturen wollen wir eine Demokratisierung der Institutionen der EU.

Wir werden im Europawahlkampf alles daransetzen, in Niedersachsen ein starkes Ergebnis für DIE LINKE einzufahren. Die Kreisverbände sind in besonderer Weise dazu aufgerufen, die Neumitglieder im Wahlkampf „an die Hand zu nehmen“. Der Erfolg unseres Wahlkampfes wird sich nicht nur am Ergebnis bemessen, sondern auch daran, wie gut es uns als Gesamtpartei gelungen ist, neue und alte Mitglieder für den Wahlkampf zu (re-)aktivieren und ihre Kraft und Kreativität einzubeziehen. Mit unserer Wahlkampf- und Kulturkommission haben wir bereits einen wichtigen Schritt unternommen, um die Basis in diesen Wahlkampf einzubinden – sei es durch das Europaforum Ende Januar oder die permanente Begleitung des gesamten Prozesses durch die Mitglieder der Kommission, in der auch Vertreterinnen und Vertreter unserer Strukturen, wie der linksjugend [solid] oder des Landesrats LINKE Frauen.

Ein Meilenstein auf unserem Weg zurück in den Landtag werden die Kommunalwahlen 2021. Deshalb muss DIE LINKE Niedersachsen rechtzeitig mit der inhaltlichen Vorbereitung der Kommunalwahlen 2021 beginnen. Dies wird eine der anstehenden Aufgaben, denen sich der neu gewählte Landesvorstand widmen muss. Um unser kommunalpolitisches Profil zu schärfen und das inhaltliche Fundament für einen erfolgreichen Kommunalwahlkampf zu legen, brauchen wir in den nächsten zwei Jahren einen qualifizierten Diskussionsprozess als Gesamtpartei, bei dem insbesondere die bisherigen Kommunalpolitiker*innen mit ihrer Erfahrung und Expertise einbezogen werden sollen. Wir wollen dabei die bisherige kommunalpolitische Arbeit, Arbeitsschwerpunkte des Landesverbands und einen kritischen Blick auf die Lage der Kommunen und des Landes zu einem starken kommunalpolitischen Profil mit erkennbaren Themenlinien verdichten. Wir werden diesen Prozess mit geeigneten Veranstaltungsformaten offen und partizipativ gestalten, und laden insbesondere weitere Parteistrukturen (Kreisverbände, Landesarbeitsgemeinschaften), aber auch neue und bisher nicht-aktive Parteimitglieder ein, sich darin aktiv einzubringen.

Ziel dieses Prozesses ist die Entwicklung von „Kommunalpolitischer Leitlinien der niedersächsischen Linken“, welche der Landesvorstand abschließend auf einem Landesparteitag zur Diskussion und Beschlussfassung einbringen wird. Wir wollen die Grundlage dafür schaffen, als Stimme der sozialen Vernunft in Niedersachsen in der Fläche stärker zu werden.

Wenn wir so einen Fahrplan bis zum Jahr 2022 in den Blick nehmen, heißt das nicht, dass wir unsere Parteiarbeit auf die Vorbereitung von Wahlkämpfen verengen. Es geht vielmehr um eine starke LINKE,

die in täglichen Auseinandersetzungen, im Kleinen wir im Großen präsent ist – und sich dabei ein offenes Ohr für das gesellschaftliche Unten stets bewahrt. DIE LINKE Niedersachsen bleibt die Stimme der sozialen Vernunft, als Mittelfinger an die Herrschenden, als Motor für soziale Veränderungen, als Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Eine andere Welt ist möglich

Grenzenloses Profitstreben, Armut und Kriege: Der Kapitalismus ist die zentrale Ursache für viele Probleme auf unserem Planeten. Damit wollen wir uns nicht abfinden. DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, in der der Mensch und nicht das Streben nach Profit im Mittelpunkt steht

Gemeinsam mit den wachsenden progressiven Bewegungen wollen wir die Voraussetzung dafür schaffen, um die Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern. Hierfür solidarisieren wir uns mit den Lohnabhängigen, den prekär Beschäftigten, den Erwerbslosen sowie den Gefüchteten, gegen die organisierten Profitinteressen der Konzerne. Akteure wie Gewerkschaften, die Sozial- und Umweltverbände sind hierbei unsere traditionellen Verbündeten. Nur mit progressivem Druck aus der Zivilgesellschaft heraus ist ein Wandel überhaupt möglich. Als Landesverband sind wir aktiver Teil der Zivilgesellschaft. Gemeinsam haben wir es in der Hand.